

Politik nach Maß: Bildung, Finanzen und Teilhabe

Prioritäten für Sachsens Zukunft

*beschlossen auf dem 37. Landestag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien vom
01.02.2014 – 02.02.2014 in Chemnitz*

Politik soll gestalten. Wir als junge Generation wollen mitgestalten. Diesem Anspruch soll der Leitantrag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien gerecht werden. Er liefert konkrete Vorschläge und Denkanstöße auf drei ausgewählten Politikfeldern, die uns als junger Generation besonders am Herzen liegen: Bildungs- und Hochschulpolitik, Finanzpolitik und demokratische Teilhabe. Mit der Fokussierung auf diese drei politischen Handlungsfelder setzen wir klare Prioritäten in unserem politischen Gestaltungsanspruch. Dafür reicht es nicht aus, mit einem Bauchladen voller politischer Forderungen in die Diskussion einzusteigen; vielmehr bedarf es klarer liberalkonservativer Impulse in den zukunftsrelevanten Politikbereichen.

I. Sachsen ist das Maß! — Mit neuen Freiheiten und motiviertem Personal die Qualität der Bildung sichern

Wer Bürger will, die mündig sind und sich ein Urteil zutrauen, die entscheiden und verantwortungsbewusst handeln, der darf von den Voraussetzungen solcher nicht schweigen: Bildung ist Bürgerpflicht und staatlich garantiertes Grundrecht gleichermaßen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nachdrücklich auch an die spezifisch deutsche Unterscheidung zwischen Bildung und Ausbildung, wie sie auch — nicht zuletzt auf energisches Betreiben der Jungen Union — im Grundsatzprogramm der CDU Sachsen ersichtlich wird. Aus diesem Grund setzt sich die Junge Union Sachsen & Niederschlesien für ein leistungsfähiges sächsisches Bildungssystem ein. Und das bedeutet zuallererst: Ohne ausreichendes Erziehungs- und Bildungspersonal kann es kein zukunftssicheres sächsisches Bildungssystem geben.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich daher dafür ein,

- dass bei pädagogischem Personal eine demographische Vorsorge betrieben wird. Die für das sächsische Bildungssystem geeigneten und gut qualifizierten Bewerber müssen eingestellt werden;

- dass die in Sachsen mit großem finanziellen Aufwand umfassend qualifizierten pädagogischen Fachkräfte eine klare Berufsperspektive in unserem Freistaat erhalten. So wird die Möglichkeit geschaffen, Lehramtsstudenten benötigter Schularten und Fächerkombinationen — die entsprechenden Leistungen vorausgesetzt — Jobgarantien zu bieten.

Die Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems spiegelt sich jedoch nicht nur in der Quantität, sondern ebenso in der Qualität von Bildung wider. Oberstes Ziel aller politischen Bemühungen muss sein, die hohe Qualität des sächsischen Bildungssystems sicherzustellen. Die Qualität frühkindlicher und schulischer Bildung, Erziehung und Betreuung steht und fällt mit der Eignung und Befähigung des Personals.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich daher dafür ein,

- dass die sächsischen Lehrer und Erzieher fortwährend qualifiziert und in Ihrer Arbeit evaluierend begleitet werden. Erst durch die stete Qualifikation des Personals werden die Gestaltungsspielräume auch besser ausgeschöpft;
- dass die Lehrer- und Erzieherfortbildung stärker als bisher im Stunden- und Vergütungskontingent von Lehrern berücksichtigt wird;
- dass wir die Aus-, Weiter- und Fortbildung von Lehrern und Erziehern nach den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen ausrichten. Bei diesen Fortbildungen sollten deren institutionellen Träger und Partner, insbesondere Hochschulen und Unternehmen, jedoch auch die Eltern beteiligt werden. Diese Fortbildung soll nicht nur den Pädagogen, sondern allen Beteiligten Verständnis für die Bildungsprozesse ermöglichen.

Schulen und Kindertageseinrichtungen müssen verstärkt zum Hort der Gestaltung von Erziehung werden. Mehr Freiräume bei pädagogischen, personellen und finanziellen Entscheidungen sind hierzu in einem gewissen Grad an die Schulen zurückzugeben; nur so lässt sich auch eine stärkere Einbeziehung und Bindung der Eltern an ihre Schulen und Kindertagesstätten erreichen. Die Grundlagen der Erziehung und Bildung werden dabei im Elternhaus gelegt und in Kindertagesstätten und Schulen weiterentwickelt. Erziehung und Bildung sind Aufgaben, die vor Ort, in der Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft zwischen Kindern bzw. Jugendlichen, Eltern und Pädagogen erfüllt wird.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich daher dafür ein,

- dem Leitgedanken der Subsidiarität stärker als bisher Rechnung zu tragen, wenn es um Entscheidungen zu Personal, Budget und Bildungsplänen geht. Durch mehr Autonomie der Bildungsinstitutionen in diesen Bereichen können sich individuelle Bildungsprofile

entwickeln. Dies begünstigt einen maßvollen, positiven Wettbewerb mit mehr Bildungsqualität. Konkret fordert die Junge Union Sachsen & Niederschlesien, — als ersten Schritt in diese Richtung — 10 Prozent des Etats einer Schule der Schulkonferenz als frei verfügbares Budget zu überantworten;

- die ehrenamtlichen Beteiligungsmöglichkeiten an den Bildungseinrichtungen in Sachsen auszuweiten. Es müssen Informationen über die Art, Formen und Bedingungen bürgerschaftlichen Engagements vor Ort zugänglich sein. Auch die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen müssen hierfür geschaffen werden.

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die unerlässlichen Grundlagen für spätere Bildungserfolge werden schon in den ersten Lebensjahren, also u. a. in der Kita gelegt. Kindertageseinrichtungen müssen darum mehr als bisher Orte der Bildung sein. Ebenso gilt es, auch das sächsische Bildungssystem auf gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen, insbesondere auf die zunehmende Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Schichten, auf einen steigenden Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund sowie auf eine größere Zahl an Kindern mit Sprachentwicklungsverzögerungen.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich dafür ein,

- dass ein „ehrlicher Personalschlüssel“ in der sächsischen Bildungslandschaft Anwendung findet; das heißt insbesondere, dass Zeiten der Vor- und Nachbereitung angemessen berücksichtigt und Halbtagsstellen nicht als volle Personalstellen gezählt werden;
- dass die mittelbare pädagogische Arbeitszeit der Fachkräfte zu einem gewissen Prozentsatz in der jährlichen Arbeitszeit zusätzlich zu der Fachkraft-Kind-Relation berücksichtigt wird.

II. Sachsen maßstabsgerecht! — Hochschulen als Stätten von Bildung und Forschung voranbringen

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien unterstützt die Entwicklung des Freistaates zu einem Hochschul- und Innovationsstandort, der Grundlagenforschung auf internationalem Niveau fördert und die praktische Anwendung ihrer Ergebnisse in der Wirtschaft forciert, um so die Lebensqualität aller Sachsen nachhaltig zu sichern. Hierfür bedarf es eines hochschulischen Ordnungsrahmens, der den tertiären Bildungssektor als einen „Marktplatz der Ideen“ versteht. Wenn wir die Erfolgchancen und die Zukunftsfähigkeit Sachsens beibehalten und ausbauen wollen, muss es im Fokus der Hochschulpolitik der kommenden

Jahre stehen, die Innovationspotentiale der sächsischen Forschungslandschaft zu entwickeln.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich daher dafür ein, schlanke Strukturen in der sächsischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu schaffen und langfristig in diese zu investieren, ohne dabei Spielräume für kreatives Experimentieren zu nehmen. Hochschulen sind keine Unternehmen, sondern gleichsam „Zukunftsin kubatoren“, die nicht nur einer marktwirtschaftlichen Logik unterworfen sein können, um frei und damit funktionsfähig zu bleiben. Damit Sachsen Spitzenforschung auf internationalem Niveau nachhaltig etablieren kann, bedarf es eines langfristigen und entschiedenen Engagements der öffentlichen wie auch der privaten Hand über die nächste Legislaturperiode hinaus. Neben der Planungs- und Investitionssicherheit sind zudem international konkurrenzfähige Strukturen erforderlich.

Konkret setzt sich die Junge Union Sachsen & Niederschlesien dafür ein,

- die Profile der Hochschulen zu konkretisieren und auszudifferenzieren. Wir befürworten eine Profilierung der Hochschulen und einzelner Fakultäten in Spitzenhochschulen/Spitzenfakultäten und Ausbildungshochschulen/Ausbildungsfakultäten. Wer ausbildet, konzentriert sich verstärkt auf eine attraktive und qualitativ hochwertige Ausbildung auf der Grundlage anwendungsorientierter Forschung. Wer in der Spitze der Grundlagenforschung tätig ist, soll einzelne Bereiche zu exzellenten nationalen und internationalen Forschungs- und Lehrzentren entwickeln;
- die bürokratischen Strukturen an Hochschulen zu „entschlacken“, zum Beispiel bei Berufungsprozessen, der Bewilligung und Verwaltung von Forschungsgeldern sowie einer teilweisen Entkoppelung von starren Vorschriften des öffentlichen Dienst (z. B. Besoldungsvorschriften);
- eine verlässliche Ressourcenausstattung zu schaffen: Im Hochschulpakt müssen die finanziellen und administrativen Rahmenbedingungen für die nächste Dekade klar festgelegt werden. Gleichzeitig gilt es, die finanzielle Autonomie der Hochschulen zu stärken, indem Möglichkeiten zur Flexibilisierung der Finanzierungsquellen geschaffen werden, die über die derzeitigen Regelungen hinausreichen (Drittmitelein nahmen durch Patente, Veröffentlichungen, Wissens- und Technologietransfer, Ausgründungen, Stiftungsuniversität oder Fundraising);
- dass die Nachwuchsgewinnung und Qualitätssicherung an sächsische Hochschulen nach einem an international akzeptierten wissenschaftlichen Erfolgskriterien definierten Laufbahnverfahren („*Tenure-Track*“) erfolgt. Derzeit gibt es in Sachsen, ähnlich wie im

Rest der Bundesrepublik, keine gesicherte Perspektiven für eine wissenschaftliche Laufbahn, was die Attraktivität einer Wissenschafts- und Forschungskarriere mindert. Hier haben wir im internationalen Vergleich erheblichen Nachholbedarf. Hilfreich wäre schon, wenn die Universitäten angehalten werden würden, dem akademischen Mittelbau ein Mindestmaß an planungssicheren Arbeitsverträgen zu geben. Dies ist in Sachsen leider derzeit nicht überall der Fall;

- dass die Staatsregierung Anreize für eine stärkere Stipendienkultur setzt, um die finanziellen Belastungen für Studierende zu senken (z. B. Leistungsstipendien von Universitäten wie auch der Wirtschaft). Ebenso braucht es eine Unternehmerkultur junger Menschen, die angesichts ihrer individuellen Möglichkeiten und Chancen nicht davor zurückschrecken, maßvolle Bildungskredite aufzunehmen.

III. Sachsen hält Maß! — Mit verantwortungsvoller Finanzpolitik gestalten

Sächsische Politik zeichnet sich seit jeher durch eine solide und maßvolle Haushaltsgestaltung aus. Seit 2006 kommt der Freistaat ohne Neuverschuldung aus, tilgt Altschulden und leistet weitsichtig Vorsorge für kommende Pensionslasten. Durch das 2013 verabschiedete Neuverschuldungsverbot erhält diese Politik Verfassungsrang und bleibt somit auch zukünftig der wesentliche Eckpfeiler sächsischer Politik. Sachsen ist daher finanz- und haushaltspolitisches Vorbild für ganz Deutschland. Dennoch generiert Sachsen pro Kopf noch immer die geringsten Steuereinnahmen im Vergleich der deutschen Bundesländer und ist noch immer nicht in der Lage, Politik ohne die vorhandenen finanziellen Ausgleichssysteme gestalten zu können. Deshalb muss es im Interesse unserer Politik liegen, dieses Ausgleichssystem zu erhalten und weiterzuentwickeln, um zukünftige politische Gestaltungsmöglichkeiten zu wahren. Gleichzeitig gilt es, Prioritäten bei der finanziellen Ausstattung der einzelnen politischen Ressorts zu setzen. Eine nachhaltige Finanzpolitik jenseits administrativer Symbolpolitik muss ihre Gestaltungs- und Finanzierungsgrenzen akzeptieren. Gleichzeitig kann sie die vorhandenen Spielräume, auch mit Blick auf bestehende politische und ökonomische Risiken, nutzen.

Konkret setzt sich die Junge Union Sachsen & Niederschlesien dafür ein,

- mit dem Abschmelzen der Mittel aus dem Solidarpakt II bis 2019 auch weiterhin den Schwerpunkt auf eine investive statt einer konsumtiven Finanzpolitik zu setzen. Ein ausgegebener Euro ist nur dann ein guter Euro, wenn er die Grundlagen unseres Gemeinwesens sichert (Aufgabenkritik im Lichte der Nachhaltigkeit) und dabei keine unangemessenen Standards finanziert (funktionale Standardkritik). Notwendig, nützlich,

angenehm — so ist zu priorisieren. Die knapper werdenden finanziellen Mittel sollten so ausgegeben werden, dass sie eine „Sachsen-Rendite“ erwirtschaften. Ziel muss es dabei sein, dass der Mehrwert der Investitionen — soweit möglich — in lokalen Wirtschaftskreisläufen verbleibt;

- dass Sachsen sich dafür einsetzt, den Länderfinanzausgleich seinem Wesen nach zu erhalten, jedoch um Elemente zu ergänzen, die verantwortungsvolle und nachhaltige Mittelverwendung belohnen sowie stetige und umfassende Mittelverschwendung sanktionieren. Der Finanzausgleich muss als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden werden und darf nicht zum Anreizsystem für verantwortungslosen Konsum werden;
- dass sich die Sächsische Staatsregierung auf Bundesebene für eine generationsgerechte Gestaltung der Sozial- und Rentenpolitik einsetzt. Die Zeiten teurer Geschenke für bestimmte Wählerschichten sind endgültig vorüber; gleichwohl muss die sozialpolitische Verantwortung für schwächere Mitglieder unserer Gesellschaft wahrgenommen werden. Dabei ist Gerechtigkeit allerdings keine Einbahnstraße: Wer von der jungen Generation fordert, ihren Teil zum Gelingen der sozialen Marktwirtschaft beizutragen, der sollte dies auch von den Älteren fordern;
- den kommunalen Finanzausgleich zu einem zentralen Instrument einer gestaltenden sächsischen Finanzpolitik zu entwickeln. Die Zukunft einer soliden und wertschöpfenden Haushaltspolitik verwirklicht sich in einem subsidiären finanzpolitischen Ansatz, der der lokalen Mittelausstattung Priorität einräumt. So lässt sich Zukunft dort gestalten, wo sie am ehesten passiert: vor Ort. Entsprechend können Nachhaltigkeitsfaktoren in den kommunalen Finanzausgleich aufgenommen werden, mit deren Hilfe der Erhalt lokaler Wohlstandsgrundlagen erreicht wird, z. B. auch Naturschutz und Ressourceneffizienz bei der Entwicklung des ÖPNV, beim Abfallmanagement und den Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

IV. Sachsen setzt Maßstäbe! — Auf dem Weg zum Vorzeigeland demokratischer Teilhabe

1. Bürgerschaftliches Engagement

Unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass es von seinen Bürgern aktiv gestaltet wird und diese freiwillig einen Teil ihrer Lebenszeit dem Gemeinwohl widmen. Ihr Engagement ist oft getragen von einem Pflichtgefühl gegenüber dem Gemeinwesen und seinen Bürgern und speist sich aus einer starken Wertetradition, die

aufklärerische und christliche Wurzeln hat. Ehrenamtliche Tätigkeit ist deshalb für viele ein Wert an sich! Dennoch ist das freiwillige und unentgeltliche Engagement vieler nicht einfach gleichzusetzen mit reiner Selbstlosigkeit oder idealistischer Nächstenliebe. Der Beitrag, den Ehrenamtler zur Gestaltung und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens leisten, bedarf der breiten gesellschaftlichen Anerkennung: Das Ehrenamt ist der Hort und die Quelle der Bürgergesellschaft.

Vor dem Hintergrund der sehr hohen und teils weiter wachsenden Ansprüche an das Gemeinwesen, setzt sich die JU Sachsen & Niederschlesien dafür ein, das Ehrenamt nicht nur zu würdigen, sondern auch durch Formen der klugen Ordnungspolitik zu fördern, und zwar jenseits der bloßen Rufe nach materiellen Gratifikationen. Vielmehr bedarf es Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Entwicklung der Freiwilligenstruktur in allen gesellschaftlichen Teilbereichen sichern. Dennoch darf das Ehrenamt nicht in Konkurrenz zu hauptamtlichen Strukturen treten. Es kann weder Ausfallbürge für fehlende Fachkräfte sein, noch kann es soziale Infrastruktur ersetzen.

Die Junge Union Sachsen & Niederschlesien setzt sich daher dafür ein,

- in einen Dialog mit den Arbeitgeberverbänden zu treten, um flexible Arbeitszeitmodelle zu etablieren, die neben der notwendigen Zeit für Familie und Kinder dezidiert ehrenamtliches Engagement für Vollbeschäftigte ermöglichen. Schließlich bilden die im Ehrenamt erworbenen Fähigkeiten und Heimatbezüge eine weitere wichtige Ressource, die sich positiv auf die berufliche Einstellung und Tätigkeit der Mitarbeiter und — nicht zuletzt — auch die Identität der Unternehmen als Vertreter der jeweiligen Region auswirken;
- einen „Ehrenamtslotsen“ in den sächsischen Kommunen zu schaffen. Wir schlagen vor, dass der Ehrenamtslotse in den Bürgerbüros der Kommune tätig und ansprechbar ist. Er ist die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen rund ums Thema Ehrenamt in der Region. Er hält den Kontakt zu jenen Stellen, die Freiwilligendienste anbieten, gibt Auskunft über alle rechtlichen und steuerlichen Fragen des Ehrenamtes und ist für die öffentliche Wahrnehmung des Themas verantwortlich.

2. Plebiszitäre Elemente

Sachsen kann noch mehr! Das gilt nicht nur für die Finanzpolitik, sondern auch für die demokratische Teilhabe: Zu einem modernen, demokratischen Gemeinwesen gehört für uns die Möglichkeit der Bürger, sich auch zwischen den Wahlen an der politischen Willensbildung zu beteiligen. Die JU Sachsen & Niederschlesien spricht sich dafür aus, bei

dem Ausbau unsere Demokratie maßvoll mit plebiszitären Instrumenten zu arbeiten. Der Diskurs hierüber ist in der Öffentlichkeit oft einseitig und undifferenziert: Plebiszitäre Instrumente werden behandelt als seien sie entweder Segen oder Fluch. Beides ist in dieser Pauschalität falsch, gibt es doch eine ganze Bandbreite derartiger Instrumente.

Die JU Sachsen & Niederschlesien setzt sich konkret für die Aufnahme des „fakultativen Gesetzgebungsreferendums“ in die sächsische Verfassung ein. Bei einem solchen ist es den Bürgern möglich, auf Antrag einer bestimmten Anzahl an Wahlberechtigten ein vom Landtag beschlossenes Gesetz per Volksabstimmung durch Mehrheit zurückzuweisen beziehungsweise zu bestätigen. Bei der Ausgestaltung der Antrags-, Beteiligungs- und Zustimmungsquoren ist dabei besondere Sorgfalt geboten. Denn die Erfahrung anderer Ländern zeigt, dass nur mit geeigneten Quoren einerseits Missbrauch verhindert und andererseits die Wirkmächtigkeit eines solchen plebiszitären Instruments sichergestellt werden kann. Wir halten dieses plebiszitäre Instrument nicht zuletzt vor dem Hintergrund positiver Erfahrungen in anderen politischen Systemen für besonders erwägenswert. Außerdem gelten gerade für dieses Instrument viele der sonst reflexartig gegen plebiszitäre Instrumente vorgebrachten Argumente nicht, insbesondere obliegt die Formulierung der Gesetze weiterhin dem Parlament.

Dabei brauchen gerade politische Kräfte konservativ-liberalen Zuschnitts plebiszitäre Instrumente überhaupt nicht zu fürchten. Wer meint, sie nützten zuvörderst der Linken des politischen Spektrums, irrt. CDU und Junge Union brauchen ein solches plebiszitäres Instrument aber auch aus anderen Gründen nicht fürchten. Da wir als einzig verbliebene Volkspartei den Anspruch haben, bei jedem Gesetzgebungsvorhaben die Mehrheit der Bürger zu vertreten, wird sich gerade mit Verweis auf ein solches fakultatives Gesetzgebungsreferendum zeigen, dass viele von der Opposition oft maßlos aufgebauschte und mitunter gar skandalisierte Entscheidungen der von der CDU geführten Regierungsmehrheit tatsächlich nichts als heiße Luft sind. Statt teils beleidigt, teils mit steriler Aufgeregtheit den sächsischen Verfassungsgerichtshof politisch zu instrumentalisieren, können Grüne, SPD und Linke gerade hier endlich einmal beweisen, dass sie wirklich in der Lage sind, die Sächsische Bevölkerung etwa vom angeblichen Horror unseres guten dreigliedrigen Schulsystems zu überzeugen. Wir, CDU und JU, müssen eine solche Auseinandersetzung überhaupt nicht scheuen! Und gut wäre für unsere politische Kultur wohl allemal, wenn nicht nur jeder behaupten darf, er spräche für eine ablehnende, aber leider schweigende Mehrheit, sondern man diesbezüglich unter Zugzwang stünde und sich vor dem Nachweis entsprechender Behauptungen nicht drücken könnte.